

		Aufnahmegebühr (einmalig)	Mitgliedsbeitrag (jährlich)	Einlage (einmalig)
aktives Mitglied mit CSE-Fahrzeugnutzung	Standard	20,- €	40,- €	800,- €
	Standard, ermäßigt		20,- €	400,- €
	juristische Person		80,- €	1.600,- €
passives Mitglied	20,- €		freiwillig, Höhe beliebig	
passives Mitglied, ermäßigt	10,- €			
Quernutzung (Mitglieder anderer CSOs bzw. CSOs als juristische Person)		entfällt	entfällt	entfällt

Für Mitglieder, die ausschließlich das Car-Sharing Angebot am Standort Herzogenaurach nutzen möchten, ist lediglich eine passive Mitgliedschaft erforderlich. Juristische Personen, die ausschließlich das Car-Sharing Angebot am Standort Herzogenaurach nutzen möchten, haben keine Einlage zu leisten.

1. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags richtet sich nach der Art der Mitgliedschaft (siehe Tabelle) und wird für das Kalenderjahr entrichtet. Er ist fällig zum 01.01. des Jahres bzw. zum 01. des Folgemonats nach Aufnahme in den Verein. Man unterscheidet aktive und passive Mitglieder. Aktive Mitglieder können wie passive eine freiwillige, zusätzliche Einlage leisten. Die Einlagen werden mit dem Zinssatz für Tagesgeld unserer Geschäftsbank verzinst.
2. Die ermäßigte Mitgliedschaft gilt für Haushaltsangehörige und für Personen mit geringen Einkommen (z. B. Schüler/innen, Studierende, Auszubildende, Zivildienstleistende, Wehrpflichtige, Arbeitslose, Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung). Die Ermäßigung aufgrund einer Haushaltsgemeinschaft wird nur gewährt, wenn für die erste Mitgliedschaft keine Ermäßigung in Anspruch genommen wird und wenn es sich bei dieser um eine gleich- oder höherwertige Mitgliedschaft handelt.
3. Durch Vorstandsbeschluss gewährt der Verein weiteren Personengruppen die ermäßigte Mitgliedschaft, z. B. im Rahmen von Kooperationen. [Nachrichtlich: mit Stand Juni 2015 betrifft dies VGN-Jahresabonnent(inn)en und Mieter(inne)n der GeWoBau Erlangen.]
4. Der Vorstand ist befugt, im Einzelfall und/oder zeitlich befristet von dieser Beitragsordnung abzuweichen, sofern dies dem Wohl des gesamten Vereins dient. Dies gilt insbesondere für:
 - a. Marketingmaßnahmen wie z. B.
 - Mitglieder für eine begrenzte Zeit und mit geringeren Vorgaben aufzunehmen („Schnuppermitgliedschaft“),
 - eine beitragsfreie Mitgliedschaft als Gewinn auszuloben,
 - b. Sonderregelungen mit juristischen Personen (z. B. über die Anzahl der erteilten Fahrberechtigungen), wenn dies angemessen vergütet wird (z. B. durch eine erhöhte Einlage und/oder einen erhöhten Mitgliedsbeitrag).

Über Maßnahmen und Vereinbarungen gemäß diesem Absatz informiert der Vorstand die Mitglieder zeitnah per E-Mail und berichtet darüber auf der folgenden Mitgliederversammlung.

5. Das Mitglied ermächtigt den Verein zur Abbuchung aller sich aus der Beitragsordnung ergebenden Forderungen mit Ausnahme der Einlage. Ein Dauerauftrag ist nur nach Rücksprache mit dem Vorstand möglich.
6. Die Einlage wird vom Mitglied auf das Konto des Vereins überwiesen. Die Pflichteinlage ist innerhalb von 14 Tagen nach Annahme des Mitgliedsantrages bzw. gemäß gesondert zu vereinbarenden Ratenzahlung fällig. Die Nutzung von Fahrzeugen wird erst freigegeben, wenn die Pflichteinlage vollständig oder gemäß gesonderter Vereinbarung anteilig eingezahlt, der Nutzungsvertrag unterschrieben und eine Einweisung in die Fahrzeuge erfolgt ist.
7. Pflichteinlagen werden drei Monate nach ordnungsgemäßer Kündigung zurückgezahlt, freiwillige Einlagen inklusive der Zinsen nach schriftlicher Aufforderung zeitnah.
8. Bei Auflösung des Vereins wird die Pflichteinlage nach Abzug aller Außenstände in voller Höhe bzw. anteilig zurückbezahlt. Freiwillige Einlagen zählen in diesem Fall zu den Außenständen und haben Vorrang bei der Rückzahlung.
9. Die Mitglieder sind verpflichtet, dem Verein Änderungen von Adresse und Kontoverbindung unverzüglich mitzuteilen und für eine ausreichende Deckung ihres Kontos zu sorgen. Kosten, die dem Verein durch Versäumnis dieser Pflicht entstehen, sind vom Mitglied zu tragen. Dies betrifft zum Beispiel Kosten durch Rücklastschriften oder Anfragen beim Einwohnermeldeamt zusätzlich einer angemessenen Aufwandspauschale.
10. Kommt das Mitglied Zahlungsverpflichtungen, die sich aus der Beitragsordnung oder aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) ergeben, nicht innerhalb von vier Wochen nach Fälligkeit nach, kann der Vorstand die Einlage zur Kostendeckung heranziehen. Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden ausstehende Zahlungsverpflichtungen vor der Rückzahlung der Einlage von dieser abgezogen. Weitere Folgen für das Mitglied bei Unterschreitung der Pflichteinlage regeln die AGB [Nachrichtlich: siehe Version vom 1.4.15, „§22 Kündigung, Sperrung“].
11. Wenn ein Mitglied seinen Mitgliedsbeitrag trotz Aufforderung nicht zahlt, kann das Mitglied vom Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden (§ 4 Abs. 6 Satzung).